

RESOLUTION der Mitgliederversammlung der DGUV vom 23. November 2023

Die Mitgliederversammlung der DGUV erklärt, dass

1. Beleidigungen, Beschimpfungen, Bedrohungen, Nötigungen oder tätliche Angriffe auf Beschäftigte und ehrenamtlich engagierte Menschen nicht hinnehmbar oder tolerierbar, sondern inakzeptabel sind,
2. Bund, Länder und Kommunen aufgefordert sind, alle Möglichkeiten und Konzepte zu prüfen, um Sicherheit und Gesundheit bei Rettungseinsätzen zu gewährleisten sowie Täter und Täterinnen zur Rechenschaft zu ziehen,
3. wir es unterstützen, dass Einsatzkräfte Gewaltereignisse konsequent zur Anzeige bringen,
4. die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung an der Seite der Feuerwehren und Hilfeleistungsorganisationen stehen und sie unterstützen, zum Beispiel durch
 - a. spezifische Beratung für technische, organisatorische und personenbezogene Maßnahmen,
 - b. konkrete Angebote zur Gewaltprävention zum Beispiel Seminare und Informationsmaterial,
 - c. konkrete Beratung zum Umgang mit Folgen von Gewalt, zum Beispiel beim Aufbau von betrieblichen Betreuungs- und Nachsorgekonzepten,
 - d. Maßnahmen der Individualprävention,
 - e. das Angebot eines bundesweiten umfangreichen Netzwerkes an ärztlichen und psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten für die Sicherstellung einer frühzeitigen psychotherapeutischen Intervention,
 - f. politisches Engagement für eine klare Anti-Gewalt-Haltung bei Rettungseinsätzen,
 - g. kommunikative Maßnahmen, um das gesellschaftliche Bewusstsein für das Problem und Lösungen zu fördern.